

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Lauhaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 18683. Sprechstunde: Wochentags 8—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Plagvorbehalt 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beliegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 8 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseratenannahme: Leipzig, Lauhaer Straße 19/21, Postgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Die sächsische Landessynode sprach sich für die Erhaltung des orthodoxen Religionsunterrichts in der Volkshochschule und für dessen Einführung in die Fortbildungsschule aus.

Eine Vorstandskonferenz der vier Bergarbeiterverbände im Ruhrgebiet beriet über die zur Aufbesserung der Bergarbeiterlöhne zu unternehmenden Schritte.

Der Vorstand der englischen Baumwollarbeiter, der bisher konservativsten Gewerkschaft Englands, sprach sich scharf gegen die Absichten der englischen Regierung aus, das Recht des Streikpostens zu beschneiden.

Die Revolution in China bedroht das herrschende Regime mit dem Sturz.

Auf der Insel Hatti wurde die Stadt San Juan de Magriana durch ein Erdbeben zerstört.

Zentrumschristliche Lügentaktik.

Leipzig, 13. Oktober.

Von keiner Partei wird so skrupellos mit der Wahrheit umgesprungen, wie von den frommen Zentrumschristen, deren Parteiprogramm an der Spitze den Wahlspruch trägt: Für Wahrheit, Freiheit und Recht, und deren päpstliche Leibgarde nicht müde wird, in den Schulen und Kirchen das achte Gebot plärren zu lassen: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten! Das Schwindeln ist ein Metier, in dem die M-Gladdbacher Jesuitenzöglinge unerzucht dastehen, was bei der scharfen Konkurrenz gewiß etwas heißen will, die gerade auf diesem Gebiete in neuerer Zeit sich breit macht, seitdem die Junker und industriellen Scharfmacher es für angezeigt gehalten haben, besondere literarische und agitatorische Bravogarden in ihren Dienst zu stellen. Von dieser „Gottesgabe“ des Schwindelns, die sich schon in politisch normalen Zeiten äußerst fruchtbar betätigt, werden unsere Genossen in den schwarzen Bezirken in den Wahlkämpfen der nächsten Monate etwas zu spüren bekommen. Eine kleine Vorprobe dieser Sorte ultramontaner Wahlkost liefert die fromme Zentrumsgermania in ihrer Mittwochnummer. Das Blatt rät seinen Parteifreunden, sich in der Wahltagitation nicht allzulange mit der Widerlegung der sozialdemokratischen Angriffe auf die schwarz-blaue „Finanzreform“ aufzuhalten, sondern sofort selbst zur

Offenstre überzugehen, und es zeigt auch gleich, wie das zu machen sei. Schon in dem ersten Absatz dieses literarischen Lügenbreviers findet sich der folgende vielversprechende Satz:

Von der Ablehnung der Erbschaftsteuer reden die Sozialdemokraten nicht mehr viel, seitdem auf dem Parteitag bekannt geworden ist, daß die Mehrheit der Fraktion in der dritten Lesung gegen die Erbschaftsteuer gestimmt hat.

Jeder oberflächliche Beobachter unserer politischen Geschichte der letzten Jahre weiß, daß die Erbschaftsteuer im Jahre 1909 durch die Parteien des Schnapsbundes schon in der zweiten Lesung zu Fall gebracht wurde, eine dritte Lesung also gar nicht erlebt hat, und daß ferner die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der zweiten Lesung geschlossen für diese Steuer gestimmt hat. Es gehört also schon die eiserne Stirn eines Zentrumschriten dazu, den klaren Tatbestand in der Weise, wie gesehen, umzulügen. Aber es kommt noch besser. Der ultramontane Schwindelstrategie fährt nämlich fort:

Wohl aber hörte man den Papageienruf „Liebesgabe“ immer noch, obwohl die „Genossen“ gar nicht wissen, um was es sich handelte. . . . Tatsache aber ist, daß das neue Branntweinsteuergesetz die „Liebesgaben“ beseitigt oder fast beseitigt hat. Restlos beseitigt ist die „Liebesgabe“, die in der Raichraumsteuer lag (Steuer 11.80 Mark, Rückvergütung 18 Mark), beschritten ist die Steuerpannung von 20 Mark, da das Kontingent um 25 Prozent herabgesetzt worden ist. Tatsache ist ferner, daß im Reichstage keine einzige Partei die Beseitigung der Steuerpannung forderte, und endlich ist Tatsache, daß die Sozialdemokraten überhaupt keinen Antrag auf diesem Gebiete stellten. Weiter läßt sich nicht leugnen, daß die Vertreter der süddeutschen Regierungen mit allem Nachdruck für die Beibehaltung der Spannung von 20 Mark eintraten, daß sie sogar erklärten, jedes Gesetz sei unannehmbar, und verleihe die süddeutschen Interessen, das von dieser Spannung abströme. Alle diese Tatsachen unterschlagen die Sozialdemokraten und stellen sogar die „Liebesgabe“ so dar, als sei sie ein Geschenk an die Brenner aus der Reichskasse. Wenn man die Wahrheit entgegenhält und dann beifügt, daß auch bei der Biersteuer eine Staffelung vorhanden sei, auch bei der Tabaksteuer infolge des Wertverlustes, dann verstummt der Papageienruf Liebesgabe sehr schnell.

Wir wollen uns nicht bei dem echt jesuitischen Versuch, den — von der Sozialdemokratie übrigens scharf bekämpften — Tabakwertzoll und die angeblich zugunsten des Brauer-, „Mittelstands“ eingeführte Biersteuerstaffelung mit der Schnapsliebeshgabe an die junkerlichen Feinbrenner in Parallele zu stellen, lange aufhalten. Einen solchen groben Täuschungsversuch als „Wahrheit“ hinzustellen, bringt nur ein Zentrumsmann fertig, der in der Kunst, aus schwarz weiß und aus weiß schwarz zu machen, längst Meister ist. Worauf es uns ankommt, ist die dreist und gottesfürchtig aufgestellte Behauptung, „daß das neue Branntweinsteuergesetz die „Liebesgaben“ beseitigt oder

stark beschritten hat“. Diese Behauptung ist ein aufgelegter Zentrumschwindel; das gerade Gegenteil ist nämlich richtig. Beseitigt sind allerdings die sogenannten „kleinen“ Liebesgaben, die den Junkern aus der Raichbottich- und der Brennsteuer zufließen. Für diesen Ausfall aber haben die schwarz-blauen Finanzreformer sich selbst und ihre fuselbrennenden Freunde doppelt und dreifach entschädigt durch die Einführung der von den parlamentarischen Agenten der Spirituszentrale erfundenen famosen Betriebsaufgabe, des Durchschnittsbrandes und des Vergällungszwanges, von der Unmenge kleinerer Vorbeile, die den landwirtschaftlichen und den vor 1902 errichteten Brennereien zufließen, ganz zu Schweigen.

Wie aber steht es mit der sogenannten „großen“ Liebesgabe, die aus der Kontingentspannung fließt und den Schnapsbrennern bisher rund 46 Millionen Mark pro Jahr einbrachte? An diesem Riesengeldstück auf Kosten der Vermögen der Armen, der Schnapskonsumenten, ist dank der Volksverrätere des Zentrums überhaupt nichts geändert worden! Wenn die Germania sich darauf beruft, daß das Kontingent um 25 Prozent herabgesetzt worden sei, so ist das nicht ein Verdienst des von den Schnapsbrennerverbänden geschaffenen Branntweinsteuergesetzes, sondern des sozialdemokratischen Schnapsbottichs! Durch den hierdurch herbeigeführten Rückgang des Schnapskonsums sah sich der bundesrätliche Vollzugsausschuß der Schnapsjunker genötigt, die Kontingentmenge entsprechend herabzusetzen, weil sonst die Gefahr bestand, daß die Brenner um die Liebesgabe überhaupt gekommen wären. Für die Junker lautete die Frage hier einfach so: Lieber eine verkürzte Liebesgabe, als gar keine; von einer Opferung eines Teils dieses Reichtums auf dem Altar des Vaterlands, wie das die Germania hinstellt, ist gar keine Rede. Wohl aber hätte der Standal der Liebesgabe 1909 ein Ende finden oder doch wenigstens wesentlich gemildert werden können, wenn das Zentrum gewollt hätte. In einem von dem Abgeordneten Erzberger verfaßten Kommentar zu dem Wahlauftritt des Zentrums vom Dezember 1906 versicherte dieser wahrheitsliebende Jesuitenjünger, daß das Zentrum keinen Pfennig an neuen Steuern bewillige, ehe nicht die Branntweinsteuer verbessert wird; aus dieser Reden jetzt die großen Brennereien jährlich nahezu 50 Millionen in ihre Tasche, und doch gehören diese Gelder von Rechts wegen dem Reiche! Es sind dies „Liebesgaben“ der verschiedensten Art an die ostelbischen und andern Großbrenner! Wenn das Zentrum in alter Stärke wiederkehrt, ist das Volk vor neuen großen Steuern bewahrt! Ganz anders aber ist es, wenn der Antizentrumsblock liegt! Die Konservativen haben es schon im Frühjahr 1906 versucht, auf Bier und Tabak hohe Steuern zu legen, Rationalliberale haben es offen erklärt, daß es das Zentrum gewesen sei, das eine höhere Besteuerung dieser Artikel verhindert habe. Wenn also die Gegner des Zentrums fragen, dann folgt eine ungeheure Erhöhung der indirekten Steuern!

Feuilleton.

Samuel der Suchende.

Roman von Upton Sinclair.

46] [Nachdruck verboten.] Samuel ging, und von Kummer beäugt, wanderte er die Straße hinab. — Man hatte also die Polizei auf ihn gesetzt! Selbstverständlich würde er die Rede trotzdem halten. Durch ein Verbot würde er sich nicht davon zurückhalten lassen, aber es war ihm klar, daß er vorsichtig sein mußte. Wenn die Polizei ihn festhielt, ehe er gefagt, was er zu sagen hatte, würden sie alle seine Pläne vernichten! Er mußte sich Rat holen, und sofort begab er sich in die Teppichfabrik und suchte das kleine Zimmer, wo die Bremers mit ihren Zeichenbrettern und Malfarben arbeiteten. — „Also so stehts!“ rief Johann. „Man will Sie heisseite schaffen.“ „Glauben Sie, daß man es kann?“ fragte der Anabe. „Gewiß kann mans!“ rief Bremer. „Seit Jahren dürfen die Sozialisten nicht auf der Straße reden. Wir hätten sie schon längst geschlagen. Kommen Sie,“ fuhr er nach seinem Rode greifend, fort: „Ich bringe Sie zu Tom Everley.“ „Wer ist Tom Everley?“ „Er ist Rechtsanwalt, und wird Ihnen raten. Er ist Schriftführer des Vereins.“ „Ein Sozialist!“ rief Samuel bestürzt. — „Wieder ein Sozialist!“ Everley saß in einem kleinen Bureau einer abgelegenen Straße. Er war ein junger, freimütig blickender Bursche — mit fast knabenhaftem Aussehen. — Samuels Herz erwärmte sich sofort für ihn.

„Genosse Everley, hier ist ein Knabe, dem Sie helfen müssen.“ sagte der Teppichzeichner. „Sagen Sie ihm alles, Samuel. Sie können ihm vertrauen.“ Noch einmal erzählte Samuel seine Geschichte. Atentlos vor Erregung lauschte der andre ihn, und unterbrach sie oft mit Ausrufen des Staunens und Entzückens. Als der Anabe zum Ende kam, sprang Tom Everley auf ihn zu und packte seine Hand. „Samuel Prescott, Sie sind ein Hauptker!“ „Dann wollen Sie mir beistehen?“ rief Samuel atemlos vor Glück. „Ihnen beistehen?“ wiederholte der andre. „Ich stehe Ihnen bei, bis die Hölle zum Eisklumpen wird.“ Er setzte sich wieder und tippte mit seinem Stiftnervös auf das Pult. „Ich werde eine außerordentliche Vereinsversammlung einberufen,“ sagte er. „Sie müssen sich Ihrer annehmen. Unse Sache ging in Lockmanville lehthin flau, ein Kampf wie dieser ist gerade, der den Genossen gut tun wird.“ „Ich bin aber kein Sozialist!“ wandte Samuel ein. „Schadet nichts,“ erwiderte Everley. „Das ist uns gleich.“ So hatte es Samuel nicht gemeint, doch mußte er nicht, wie er seinen Einwurf klar machen sollte. „Ich kann den Verein auf morgen abend zusammenbringen,“ fuhr Everley fort. „Es darf keine Zeit verloren gehen. Wir müssen eine Menge Zirkulare herausbringen und in der Stadt verbreiten.“ „Aber ich wollte nur die Mitglieder der Kirche zusammenhaben,“ meinte der Anabe. „Andre werden doch kommen,“ erwiderte Everley. „Haben denn nicht alle Leute das Recht, zu erfahren, wie sie herabst werden?“ „Ja, das haben sie.“ „Wenn die Gemeinde einen kleinen Druck von außen bekommt, ist sie vielleicht zum Handeln williger,“ fügte Everley lächelnd hinzu. „Wir müssen für diese Sache eine öffentliche Redeschlacht haben und der ganzen Stadt

die Augen öffnen. Sonst wird die Polizei das Ding im Keim erstickt und niemand erfährt, was wir vorzubringen hatten.“ „Sie müssen mit den Zirkularen vorsichtig sein,“ bemerkte Johann Bremer. „Sonst werden Sie dabel schon möglicherweise geklemmt.“ „Das wird schon gemacht!“ lachte Everley. „Man kann sich doch auf die Genossen verlassen. Wir haben einen vertrauenswürdigen Drucker.“ Samuel atmete tief befriedigt auf. Der Mann verstand die Sache und hielt an seiner Ueberzeugung fest. Der war wirklich gewillt, etwas zu tun! Wie schade, daß er gerade ein Sozialist sein mußte! Everley nahm eine Feder und schrieb die neue Ankündigung: Leute von Lockmanville! Da ich in Erfahrung brachte, daß Mitglieder des Kirchenvorstands der St. Matthewskirche die Obrigkeit der Stadt bestochen haben, forderte ich eine Untersuchung und ward dafür aus der Kirche gewiesen. Ich berief eine Versammlung, um der Gemeinde davon Mitteilung zu machen — mir ward die Erlaubnis dazu verweigert. Der Chef der Polizei, McCullagh, erklärte mir rund heraus, daß ich hier in der Stadt niemals eine Rede halten würde. Wollt ihr zu mir stehen? Ich habe die Absicht, am Mittwoch, abends 8 Uhr, auf dem freien Plage, der Kirche gegenüber, zu sprechen. Im Namen des freien Worts und des bürgerlichen Rechtsgefühls! Samuel Prescott „Nun, wie ist das!“ fragte er. „Kein!“ rief Samuel entzückt. „Ich übernehme das Risiko, es aufgelegt zu haben,“ setzte der Rechtsanwalt hinzu, „und werde die Vereinsmitglieder mit der Abendpost benachrichtigen. Kommen Sie, wir wollen ein paar von ihnen besuchen und uns mit ihnen besprechen.“